



Wolfgang Knöbl

Die Utopie der demokratischen Moderne als sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm

In: Spekulative Theorien, Kontroversen, Paradigmenwechsel : Streitgespräch in der Wissenschaftlichen Sitzung der Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 25. November 2016. – Berlin: 2017, S. 31-37
(Debatte ; 17)

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-26771](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-26771)

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 3.0 Germany (cc by-nc-sa 3.0) Licence zur Verfügung gestellt.



Wolfgang Knöbl

Die Utopie der demokratischen Moderne als sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm

Ich habe mir erlaubt, ein historisches Thema zu wählen, nämlich die in den 1950er Jahren entwickelte Utopie der demokratischen Moderne, weil ich glaube, dass dieses zum Forschungsprogramm gewendete Projekt noch immer nicht nur heutige *akademische* Debatten, sondern durchaus auch das *Alltagsbewusstsein* von Menschen in vielen Teilen der Welt prägt. Und es hat, wenn man genauer hinschaut, auch eine erstaunliche politische Aktualität – Stichwort: Populismus und dessen Analyse.

Was war die Ausgangslage? Die Wurzeln dieser Utopie der demokratischen Moderne sind im Kalten Krieg und in den USA zu finden und hatten konkret mit Präsident Harry S. Trumans zweiter Amtsperiode zu tun, die 1949 begann und in der er versprach, die Länder der später sogenannten Dritten Welt mit großzügigen wirtschaftlichen und technischen Hilfeleistungen zu unterstützen, um diese gegen den bedrohlich expansiven Kommunismus zu immunisieren. Dieses Versprechen erwischte die US-amerikanischen Sozialwissenschaften gewissermaßen auf dem falschen Fuß, weil man der Politik wenig Know-how über die Folgen, die Nebenwirkungen und die Friktionen solcher Hilfe anzubieten hatte. Dies deshalb, weil sich weder die US-amerikanische Soziologie, noch die Politikwissenschaften, noch auch andere benachbarte Disziplinen in den 1930er und 40er Jahren jenseits evolutionistischer Spekulationen wirklich systematisch mit sozialem Wandel beschäftigt hatten (man war eher mit der Funktionsweise stabiler Institutionen beschäftigt), sodass man nun von ihnen etwas völlig Neues erwartete. Die Reaktion auf diese Erwartungen war dann eine ganze Reihe von interdisziplinären Konferenzen vor allem in Chicago und in Boston, in denen in ziemlicher Eile an einer großflächigen Wandlungstheorie gebastelt wurde, um überhaupt verstehbar zu machen, was passieren könnte, wenn diese nicht-westlichen Länder ökonomisch dynamisiert werden würden. Es entstand die später dann so bezeichnete Modernisierungstheorie, die in etwa Folgendes behauptete: Ökonomisches Wachstum in bislang noch traditionellen Gesellschaften führt nicht nur zu kulturellen Transformationen sondern auch zu *politischen*, und zwar in dem Sinne, dass für eine auf Dauer

gestellte marktwirtschaftliche Dynamik freie Diskussion und Forschung zur Ermöglichung (ökonomischer) Innovation unerlässlich sind, und diese freie Forschung selbst nur wieder in demokratischen Gesellschaften garantiert werden kann. In die Theorie war eine klare, auch politische Entwicklungslinie eingebaut, wonach im Gefolge von ökonomischer Modernisierung nicht zuletzt eine liberale Demokratie den zu erreichenden bzw. sich notwendig einstellenden Endpunkt politischer Transformation bilden würde. Ökonomische Modernisierung führe über kurz oder lang also zur politischen Modernisierung, zur Demokratie. Eingebaut war damit in die Theorie die Utopie einer weltweit sich durchsetzenden demokratischen Gesellschaft.

Diese hier von mir nur absolut simplifizierend dargestellte Theorie sollte dann das Paradigma der anhebenden, mit enormen Mitteln geförderten und international vergleichend verfahrenen Forschung zu Wandlungsprozessen in der ganzen Welt bilden, wobei man selbstbewusst proklamierte, dass man mit dieser Theorie eine Art konkurrenzfähigen und letztlich besseren Gegenentwurf zum im sogenannten Ostblock beheimateten Marxismus, ja ebenfalls einer Theorie des sozialen Wandels, vorgelegt habe.

Warum war dieses Forschungsprogramm utopisch und letztlich dann auch bald kontrovers? Wenn man es vorsichtig formulieren will, war eine solche Utopie aus mehreren Gründen mutig: Zum einen waren die vergangenen Jahrzehnte, die 1920er, 30er und 40er Jahre, kaum irgendwo solche gewesen, in denen stabile demokratische Strukturen geherrscht hätten. Insofern konnte man an eine einigermaßen ungebrochene demokratische Zukunft nur dann glauben, wenn man die wirtschaftliche Dynamik als so stark und so durchdringend einschätzte, dass sie – natürlich außerhalb des kommunistischen Machtbereichs – jegliche *anti-* oder *nicht-*demokratische Tendenzen gewissermaßen von vornherein aushebeln und niederwalzen würde. Aber einen solchen Optimismus teilten Anfang der 1950er Jahre durchaus nicht alle Sozialwissenschaftler, auch nicht alle US-amerikanischen. Denn dort war im fraglichen Zeitraum lange eine ganz andere Theorie diskutiert worden, die unter dem Einfluss nicht weniger Emigranten aus Europa mit ganz anderen Schlussfolgerungen ausformuliert worden war und die eine gewisse Nähe zur Totalitarismustheorie hatte. Die Rede ist von der sogenannten Theorie der Massengesellschaft. Mit ihr hatte man die Verletzlichkeit von Gesellschaften angesichts ökonomischer und anderweitiger Veränderungsprozesse betont und dabei angenommen, dass zwar der soziale Pluralismus die liberale Demokratie trage, dass diese vormalig plurale Klassenstruktur in westlichen Gesellschaften aber

zunehmend aufgelöst werde und diese somit die Gestalt von Massengesellschaften annehmen würden mit dem dabei sich abzeichnenden Rekrutierungspotenzial für faschistische oder kommunistische Führer, deren Einflüsterungen die unstrukturierten Massen erliegen würden. Die Demokratie galt innerhalb *dieses* Diskurses um die Massengesellschaft als eine höchst gefährdete und alles andere als stabile Institution. Das neue Paradigma der so optimistisch gestimmten Modernisierungstheorie war hierzu der klare theoretische Gegenentwurf, und es war nun dieses neue utopische Paradigma, das sich – durchaus überraschend – durchsetzen sollte.

Denn überraschend war der Erfolg der Modernisierungstheorie auch deshalb, weil genau in der Zeit der Ausformulierung dieser Utopie gerade im Musterland der Demokratie, in den wirtschaftlich prosperierenden Vereinigten Staaten von Amerika, sich ein ziemlich irritierendes Phänomen bemerkbar machte, der McCarthyismus, der eigentlich deutlich zeigte, wie instabil diese liberale Demokratie *selbst in den USA* war, von der man glaubte, dass sie ihren vermeintlich unaufhaltsamen Siegeszug *weltweit* würde antreten können. Und natürlich mussten dann die so optimistisch gestimmten und überwiegend US-amerikanischen Modernisierungstheoretiker dazu Stellung nehmen, wobei sie dies auf eine Weise taten, die noch das heutige Nachdenken über den sogenannten Populismus präformiert und der man sich bewusst sein sollte, wenn man aktuelle Debatten über dieses Phänomen verstehen will.

Eine der wichtigsten Diskutanten in diesem Zusammenhang war der aus dem Umfeld der Modernisierungstheorie stammende und höchst einflussreiche US-Soziologe Edward A. Shils, der in einem Buch mit dem Titel „The Torment of Secrecy“ aus dem Jahre 1956 eine Auseinandersetzung nicht nur mit dem McCarthyismus suchte, sondern der gleichzeitig auch bemüht war, all das zu benennen und zu bannen, was man als Abweichung vom Idealbild einer liberalen Demokratie bezeichnen konnte. In diesem Zusammenhang tauchte dann zum ersten Mal einigermaßen systematisch der Populismus-Begriff als ein vermeintlich analytisch-wissenschaftlicher Terminus auf: „Populism proclaims that the will of the people as such is supreme over every other standard, over the standard of traditional institutions, over the autonomy of institutions and over the will of other strata. Populism identifies the will of the people with justice and morality.“¹ Wie Shils betont, existiere Populismus (und populist-

¹ Shils, Edward A.: The Torment of Secrecy. The Background and Consequences of American Security Policies. Introduction by Daniel P. Moynihan. Chicago 1996 [1956], S. 98.

sche Elemente hätten auch der Bolschewismus und der Nationalsozialismus gehabt) immer dort, wo populäres Ressentiment sich gegen eine Ordnung richtet, die eine alte, lang etablierte herrschende Klasse der Gesellschaft auferlegt hat, eine Klasse, von der geglaubt werde, sie hätte ein Monopol auf Macht, Eigentum und Kultur.

Shils' vorgeschlagene Bestimmung des Populismus erfolgte also vor der Folie der damals bestehenden liberalen Demokratie, insofern er davon ausging, dass es ausdifferenzierte und separierte gesellschaftliche Bereiche und Sphären gebe und vor allem auch geben *solle*, die jeweils ihr Eigenrecht bewahren und die in ihrer Bezogenheit und gleichzeitigen Trennung gut miteinander harmonieren und funktionieren. Was Shils damit vorschlägt, ist mit Blick auf den Populismus eine Begriffsbildung, die diesen in expliziter Abgrenzung zum Modell der Ausdifferenzierung, wie es in den 1950er Jahren in Gestalt der US-amerikanischen Gesellschaft vorlag, definiert: Wer auch immer die gezogenen Grenzen zwischen den zum damaligen Zeitpunkt existenten und separierten Sphären und gesellschaftlichen Bereichen überschreitet oder niederreißt (die etablierten Grenzen zwischen Politik, Kultur, Wirtschaft etc.), wer den Eliten und ihrem Wirken innerhalb dieser separierten Sphären das Vertrauen entzieht, dessen Verhalten und Politik sei quasi per definitionem populistisch. Joseph McCarthy und andere hätten mit ihrer Politik bzw. ihren Versuchen der Politikgestaltung die etablierte institutionelle Ordnung, das gegebene und letztlich liberale Differenzierungsmuster, verletzt. Ein solcher Wille zum Überschreiten von Differenzierungen ist demzufolge also Populismus. Die normale (also: nicht-populistische) Subjektivität war somit für Shils eine, die sich in den gegebenen Institutionen zurecht fand und die diese auch gar nicht überschreiten wollte. Demokratische Politik war Politik *innerhalb* der im Modernisierungsprozess emergierenden liberalen Institutionen. Wie immer man auch in der Folgezeit versuchte, jenem so ominösen Phänomen des Populismus nahe zu kommen (und theoretische Anläufe, diesen zu definieren, gab es nicht wenige): Durchgehalten hat sich bis heute die Vorstellung, dass jener Populismus eine Abweichung von jener liberal-demokratischen Moderne, jene liberal-demokratische Moderne jedenfalls der Normalfall sei. Aber wird man Letzteres auch heute noch so umstandslos behaupten dürfen?

Dies führt zur abschließenden Frage, ob *die Utopie der demokratischen Moderne damit nicht ein forschungsstrategisches Problem generiert habe*, an dessen Folgen die Sozialwissenschaften noch immer leiden? Denn die demokratische Moderne als einerseits utopischen, aber gewissermaßen auch erwart-

baren Zustand zu beschreiben, vor dem alles andere als Abweichung definiert wird, wie das bei Shils' Begriffsbestimmung des Populismus der Fall war und wie es in den meisten Populismusdebatten noch immer der Fall ist, führt letztlich einerseits zur Blindheit gegenüber den kontingenten und keineswegs als gesichert anzusehenden Voraussetzungen der Demokratie, führt andererseits aber auch zu einem merkwürdig präformierten Blick auf den „Populismus“. Denn behält man das normativ hochgradig aufgeladene Paradigma der demokratischen Moderne als Ausgangspunkt der Analyse bei, dann wird man gar nicht anders können, als den populistischen Gegenstand nur wieder unter normativen Prämissen zu betrachten, was der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit ihm nicht gerade dienlich sein dürfte.

Letztlich wird man vielleicht behaupten können, dass das noch immer am Leben gehaltene utopische Paradigma der demokratischen Moderne eigentümliche Nebenwirkungen nach sich zog. Vermutlich gab es darüber genau deswegen zu wenige Kontroversen, weil das normativ Wünschenswerte immer auch schon mit dem historisch unvermeidlich Eintreffenden gleichgesetzt wurde. Dies war natürlich nicht nur das Problem dieses hier besprochenen Paradigmas; ganz ähnliche Probleme hatten auch andere Ansätze. Gut getan hat diese einigermaßen umstandslose Ineinssetzung von Normativität und Faktizität auf jeden Fall aber noch keinem sozialwissenschaftlichen Paradigma.

Diskussion zum Vortrag

Mitchell Ash: Es gab in den 1930er Jahren einen damals sehr berühmten Radioredner namens Charles Coughlin, ein irisch-amerikanischer Priester, der eine unglaubliche Hörerschaft um sich zog. In der Retrospektive könnte man ihn durchaus als Vorgänger des heutigen Rush Limbaugh sehen. Die Publiken gemessen am Gesamtpublikum waren vergleichbar. Es war also ein ziemliches Massenpublikum. Coughlins ganze Redeweise ist das, was heute auch populistisch genannt werden würde, sie enthielt auch antisemitische Codes. Haben die amerikanischen Soziologen ihn nicht doch zu irgendeiner Zeit zum Gegenstand der Analyse gemacht? Ich denke schon.

Wolfgang Knöbl: Also natürlich gab es auch immer Versuche amerikanischer Sozialwissenschaftler, bestimmte Phänomene zu analysieren. Und die amerikanischen Sozialwissenschaften, das wissen Sie vermutlich sogar auch besser als ich, haben natürlich spätestens seit den 1920er/30er Jahren einen sehr starken empirischen Zugang gehabt. Was ich sagen wollte ist nicht, dass die amerikanischen Sozialwissenschaften diese Phänomene nicht analysiert hätten in Bezug auf Rekrutierungsmuster, in Bezug auf Verbreitung dieser Gedankenwelt. Sie wurden aber nicht in einen größeren Zusammenhang eingeordnet. Die Debatte über Demokratie und über die Zukunft der Demokratie begann eigentlich erst Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre, zumindest insoweit als sie einen globalen Blick mit beinhaltet.

Joachim Sauer: Als Kommentar zum ersten Teil möchte ich meine Vulgärtheorie zum Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems darlegen. Ich bin fest davon überzeugt, dass der damit zu tun hat, dass man mit einem unterdrückten Volk und einer zentralistischen, autoritären Herrschaft keine Hochtechnologie entwickeln kann. Und als weitere vulgär-marxistische These: Die kommunistische Herrschaft behinderte die Entwicklung der Produktivkräfte. Und dann gab es noch Menschen, die das richtig erkannt haben.

Wolfgang Knöbl: Ist das ein Kommentar oder ...? Vermutlich gibt es einen Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung und – wie Sie ja angedeutet haben und wie ich das ja auch angedeutet habe – zwischen Freiheit und der Möglichkeit zu forschen. Dass es diesen Zusammenhang gibt, glaube ich, wird niemand bestreiten. Der Punkt ist natürlich der: Wie eng ist dieser Zusammenhang und wie viel interveniert zwischen dieser einen Variablen ökonomische Entwicklung und Demokratie auf der anderen Seite. Und da ist die Spannweite doch enorm. Also der Glaube, dass letztendlich bei autokratischen Regime irgendwann einmal eine Liberalisierung eintritt, nur weil sie eine kapitalistische Dynamik durchmachen – siehe China: das war ja auch bei den Olympischen Spielen immer dieses wunderbare Diskussionsbeispiel –, ist, denke ich, in der Öffentlichkeit und in der Politik nach wie vor ungebrochen. Wir glauben immer noch zu einem großen Teil, dass Dynamisierungsprozesse in der Wirtschaft über kurz oder lang letztendlich zu Liberalisierung und Demokratie führen. Ich hätte so meine Zweifel, dass dieser Zusammenhang tatsächlich so eng ist, wie er normalerweise unterstellt wird.

Julia Fischer: Würden Sie jetzt die aktuellen Bewegungen, also sagen wir mal jene, die zum Brexit geführt haben und letztendlich auch Trump ermöglicht haben, als Gestus des Auflehns gegen das herrschende System, gegen das Establishment, bezeichnen – so wie uns das jetzt vermittelt wird? Aber wenn man sich dann anschaut, wer nach dem Brexit oder nach der Wahl von Trump an der Macht ist, dann sind das genau die alten Eliten. Das sind wieder Goldman Sachs und J. P. Morgan etc., die jetzt da ins Kabinett berufen werden. Ist das jetzt nach Ihrer Klassifikation eine populistische Bewegung oder bedient sie sich nur eines Gewandes einer populistischen Bewegung, ist aber eigentlich gar keine?

Wolfgang Knöbl: Mein Ziel war jetzt eigentlich nicht Stellung dazu zu nehmen, wer populistisch ist und wer nicht. Mein Argument ist schlichtweg folgendes: Ich glaube die Begriffsbildung, nämlich dass man das andere der liberalen Demokratie als populistisch bezeichnete, führte in den Sozialwissenschaften zu einem unglaublichen kategorialem Aufwand. Wie müssen wir eigentlich diese sehr unterschiedlichen Bewegungen verstehen, die alle irgendwie unter dieses Label Populismus passen. Mein Argument wäre schlichtweg: Dieses Label trägt nicht sonderlich, sondern wir würden wahrscheinlich den Aufgaben der Sozialwissenschaften besser nahekommen, wenn wir diese einzelnen Bewegungen, ihre Rekrutierungsmuster, ihre Propaganda genauer anschauen würden und nicht sofort immer schauen würden, ob das dann auch letztendlich populistisch ist. Populistische Elemente finden Sie in sehr unterschiedlichem Maße in fast allen politischen Bewegungen und ich glaube, die Sozialwissenschaften täten gut daran, von diesem hohen Verallgemeinerungslevel Populismus ein bisschen herunterzukommen, weil uns das sehr viel vorstellt. Geert Wilders, Orbán, Trump werden alle als Populisten bezeichnet. Ob es wirklich so sinnvoll ist, mit diesem Label in die Welt hineinzugehen, da hätte ich große Zweifel.